Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1913. Nr. 514. | Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Neidegg, Halle (Saale).

Sonnabend, 1. November 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Deutsches Reich.

Der Kaiser mit seinen Jagdgästen in der Göhrde.

Der zweite Jagdtag, der Freitag, begann bei prächtigem Herbstwetter mit einem Jagen auf Rotwild im Roethener Revier. Um 8 Uhr wurde vor dem Schlosse zum Wecken geblasen. Eine Stunde später rüstete die Jagdgesellschaft zum Aufbruche ins Jagdrevier. und um 10 Uhr folgte der Kaiser mit seinen fürstlichen Gästen. Erzherzog Franz Ferdinand fuhr wiederum zusammen mit dem Kaiser, der sich mit seinem hohen Gaste lebhaft unterhielt. Nach dem Frühstück, das in einem eigens dazu errichteten Zelte eingenommen wurde, wurde die Strecke besichtigt, und gegen 2 Uhr fuhr die Jagdgesellschaft zum nächsten Jagen, das im Waschkabel auf Sauen abgehalten wurde. Um 3½ Uhr wurde die Jagd abgeblasen. Die Jagdgäste verweilten noch einige Zeit im Revier und fuhren dann ins Schloß zurück, wo der Kaiser sich mit seinen Gästen zum Jagdmahl vereinigte. Der Kaiser hat kurz vor 8 Uhr das Jagdschloß verlassen und ist 8 Uhr 15 Minuten nach Wildpark abgereist.

Aus Braunschweig.

Der Auszug des Herzogregenten und der Frau Herzogin erfolgte Freitag nachmittag bei prächtigem Herbstwetter. Alle öffentlichen und privaten Gebäude hatten zum Abschied reich geflaggt. Vom Schlosse bis zum Hagenmarkt bildete die Garnison, weiterhin die Bürgerschulen, Innungen, Vereine usw. Spalier. Der Galawagen des Regentenpaares wurde von einem prächtig aufgeschirrten Sechsgespann gefahren, eskortiert von einer halben Eskadron Husaren. In weiteren Wagen folgten das Gefolge und die Hofstaaten. Auf dem ganzen Wege wurden die hohen Herrschaften von dem überaus zahlreichen Publikum stürmisch begrüßt. Am Bahnhof erwies eine Kompagnie des 92. Infanterie-Regiments mit Fahne und Musik die militärischen Ehren. Der Herzogregent schritt die Front ab und nahm sodann einen Vorbeimarsch der Ehrenkompagnie entgegen, an den sich ein Vorbeimarsch der Husareneskadron anschloß. Nach herzlicher Verabschiedung erfolgte um 4 Uhr 42 Minuten die Abfahrt nach Wiligrad.

Die Nationalspende für die christlichen Missionen.

Der Kaiser hat jetzt die Verteilung der ihm zum Regierungsjubiläum dargebrachten Nationalspende zugunsten der christlichen Missionen in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten vorgenommen. Sie hat evangelischerseits den stattlichen Betrag von 3½ Millionen Mark erbracht. Die Missionsgesellschaften erhalten insgesamt einen Betrag von 2 825 000 Mk.; eine Reihe von Einrichtungen, welche allen oder mehreren Missionsgesellschaften dienen, ist insgesamt mit 175 000 Mk. bedacht worden. Der Rest ist außer zur Bestreitung der Verwaltungskosten und Bildung eines Ausgleichsfonds von geringem Betrage für ein Unternehmen bestimmt worden, welches als dauernde Organisation der deutschen evangelischen Missionsarbeit dienen soll. Die Beträge für die Missionsgesellschaften sind zu 80 Prozent nach der Kopfzahl ihrer Berufsarbeiter, zu 20 Prozent nach der Zahl ihrer Schulen und Schüler in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten zugeteilt, daneben sind an sie Zuwendungen für ihre ärztliche Tätigkeit gemacht worden. Wo der Tilgungsbetrag hinter der Höhe der mit besonderer Bestimmung dargereichten Gaben zurückblieb, ist er entsprechend erhöht. Die besondere Notlage einzelner Missionsgesellschaften, namentlich der Berliner, ist durch entsprechende Erhöhung berücksichtigt worden.

Die Stellung der Bundesregierungen zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Wanderfürsorge.

Man schreibt uns: Auf eine vom Reichsamt des Innern ergangene Rundfrage haben fast alle Bundesstaaten ein Bedürfnis dafür anerkannt, die Mißstände, die sich bezüglich der hilfsbedürftigen arbeitsbereiten Wanderarmen vornehmlich aus § 28 des Unterstützungswohnsitzgesetzes entwickelt haben, im Wege der Reichsgesetzgebung zu beseitigen. Diese Mißstände bestehen hauptsächlich darin, daß die Wanderarmen wegen der Schwierigkeiten, die sich bei der Ermittelung und Heranziehung des zur Ersatzleistung verpflichteten Armenverbandes ergeben, an vielen Orten ohne besondere Prüfung ihrer Hilfsbedürftigkeit unter Gewährung einer kleinen Unterstützung veranlaßt werden, baldmöglichst weiter zu wandern. Es ist ferner eine Trennung der Wanderarmen in Arbeitswillige, Arbeitsscheue und Arbeitsunfähige unter den heutigen Verhältnissen nur in denjenigen Landesteilen möglich, wo eine geordnete Wanderfürsorge außerhalb des Armenrechts besteht. Infolgedessen liegt in weitem Umfange die Gefahr vor, daß die arbeitswilligen Wandernden durch das dauernde Zusammensein mit den Arbeitsscheuen sittlich verwahrlosen, und daß die arbeitsunfähigen Wandernden — Kranke, Epileptiker usw. — anstatt rechtzeitig in ärztliche Behandlung genommen zu werden, in hilflosem Zustande von Ort zu Ort abgeschoben werden. Ferner ist der Umfang der Unterstützung, die den Wandernden an den einzelnen Orten gewährt wird, sehr verschieden, so daß an einzelnen Plätzen arbeitswillige Wanderer infolge unzulänglicher Unterstützung zum Betteln gezwungen werden, während an anderen Orten die arbeitsscheuen infolge der reichlich gewährten Unterstützung zu ungehöriger Ausnützung der vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen veranlaßt werden.

Die Erhebungen haben weiter ergeben, daß die vereinzelt unternommenen Schritte zur Behebung dieser Mißstände im Wege der Landesgesetzgebung oder landesrechtlicher Verwaltungsordnung zwar den Beweis einer wesentlichen Besserungsfähigkeit der vorhandenen Zustände auf dem eingeschlagenen Wege der Abhilfe durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen, Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien erbracht haben, einen durchschlagenden allgemeinen Erfolg aber noch nicht haben erzielen können. Dazu bedarf es einerseits einer gleichartigen Regelung der Wanderfürsorge im ganzen Reich nach einheitlichen leitenden Gesichtspunkten, andererseits der Abänderung des § 28 des Unterstützungswohnsitzgesetzes. Die Bundesregierungen haben auf Grund dieser Erfahrungen sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß ein Eingreifen der Reichsgesetzgebung durch Erlaß eines auf sozialer Grundlage aufgebauten Wandererfürsorgegesetzes, sowie durch Beseitigung der einer besseren Armenversorgung der Wandernden entgegenstehenden Vorschriften des Unterstützungswohnsitzgesetzes erforderlich ist.

Die Reichsregierung beabsichtigt daher, dem Reichstage schon beim Zusammentritt zur bevorstehenden Wintertagung zwei Vorlagen vorzulegen, eine für ein Wandererfürsorgegesetz und eine zweite für ein Gesetz zur Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes. Zu diesem Zweck sind den Bundesregierungen rechtzeitig Vorentwürfe zu den Gesetzen zur Prüfung und Aeußerung zugegangen.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Die Kaiserin** empfing am Freitag im Neuen Palais zu Berlin den amerikanischen Botschafter James Gerard und den hanseatischen Gesandten Dr. Sieveking in Antrittsaudienz, sowie den früheren hanseatischen Gesandten Dr. Klügmann. Ferner empfing die Kaiserin in Audienz: die Ministerialdirektoren im Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten Dr. von Bremen und D. Dr. Naumann, sowie den Rektor der Technischen Hochschule Professor Romberg.

* **Keine Abkürzung des kronprinzlichen Aufenthalts in Danzig.** Gegenüber anders lautenden Meldungen teilt das Hofmarschallamt des Kronprinzen mit, daß sämtliche Mietsverträge in Danzig bis zum Oktober 1914 verlängert worden seien.

„Frankreichs Zukunft liegt in — — — Oesterreich“.

In den verschiedensten Pariser Zeitungen legen sich jetzt französische Politiker auffallend für eine Annäherung zwischen Oesterreich und Frankreich ins Zeug. Der bekannte Deputierte Lucien Millerove benutzte eine Wiener Reise dazu, um mit maßgebenden Wiener Persönlichkeiten über den Gedanken einer französisch-österreichischen Annäherung zu sprechen, und kommt zu der Ueberzeugung, daß alle Momente für ein freundschaftliches Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn gegeben seien. Die französische Diplomatie müsse sich ernstlich mit dem Gedanken befassen, ein uneigennütziger Vermittler zwischen Wien und Petersburg zu sein. Clemenceau schreibt ebenfalls in seinem Blatte zu diesem Plan und bemerkt, daß Oesterreich-Ungarn heute eine Bürgschaft für den europäischen Frieden bedeute, was um so höher zu veranschlagen sei, als sich Deutschland nach wie vor mit kriegerischen Absichten gegen Frankreich (!?!) trage. Besonders lebhaft wird jedoch in Pariser politischen Kreisen ein Artikel besprochen, der den Deputierten Deloncle zum Verfasser hat. Von Deloncle weiß man, daß er über die geheimsten Absichten seines Freundes Pichon, des derzeitigen Ministers des Auswärtigen, am besten unterrichtet ist. Deloncle schreibt mit dem Hinweis darauf, daß die schwebenden Anleiheverhandlungen der österreichischen Regierung in Paris am besten Gelegenheit zu einem diplomatischen Meinungsaustausch über die schwebenden Pläne böten. Unsere Zukunft, so schließt Deloncle, liegt in Oesterreich. In Wien liegt das Geheimnis des europäischen Friedens . . . Der Artikel soll auch im französischen Ministerrat am Donnerstag zur Sprache gekommen sein. In politischen Kreisen Frankreichs wirkt er jedenfalls aufsehenerregend.

Vom Balkan.

Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

Authentischen Informationen aus griechischer und anderer Quelle zufolge ist der gegenwärtige Stand der griechisch-türkischen Verhandlungen folgender:

1. Staatsangehörigkeit: Griechenland hat den ottomanischen Standpunkt akzeptiert. Aber in türkischen Kreisen wird erklärt, daß das Optionsrecht der aus den griechischen Gebieten gebürtigen und in der Türkei wohnhaften Personen bestritten bleibt; 2. Privateigentum: Griechenland erkennt alle Eigentumsrechte der anwesenden oder abwesenden Muselmanen an, kann aber nicht die Anerkennung der juristischen Persönlichkeit von Besitzern ländlicher und städtischer Besitzungen zugeben, weil im Zeitpunkte der Kriegserklärung die ottomanische Gesetzgebung ihnen dies Recht nicht zuerkannte. 3. Ländlicher Grundbesitz: Die Pforte schlägt vor, daß kein Grundbesitzer gezwungen werden könne, seine Grundstücke an Bauern zu verkaufen und daß das gegenwärtige Verhältnis zwischen den Grundeigentümern und den Bauern in keiner Weise abgeändert werde außer durch ein allgemeines, für das ganze Königreich gültiges Gesetz. Griechenland ist mit diesem Artikel nicht einverstanden, weil er in die Agrarfrage, die einen der hauptsächlichsten Punkte seines Programms bildet, tief einschneide. Daher könne sich Griechenland der Türkei gegenüber nicht binden. 4. Wakufs: In dem türkisch-griechischen Subkomitee in Athen ist ein Einvernehmen zustande gekommen, wonach das Wakuf-Regime nur auf Grund vorheriger Entschädigung abgeändert werden darf. Die Wakuf-Zehnte werden abgeschafft, aber Griechenland verpflichtet sich, für die Bedürfnisse der Kultus- und Wohltätigkeitsbestrebungen zu sorgen. Die Friedhöfe werden als Eigentum der Wakufs anerkannt. 5. Muftis: Die Muftis sind öffentliche, von den Wählern Griechenlands gewählte Funktionäre. Der Obermufti wird vom König aus drei von der Versammlung aller Muftis vorgeschlagenen Kandidaten ernannt werden. Die griechische Regierung wird im Wege der griechischen Gesandtschaft die Ernennung der Obermuftis dem Scheich ül Islam notifizieren, der die Bestallungsurkunde ausfolgen wird.

*

Die serbischen Behörden von Gewgheli haben sich gewaltsam der dortigen griechischen Schulen bemächtigt und sie in serbische Schulen umgewandelt. Sie verhindern Versammlungen von Griechen und verbieten den Vertrieb griechischer Zeitungen. Die griechische Gemeinde hat sich an den König von Serbien gewandt.

Von zuständiger Stelle verlautet, daß die russische Regierung in Sofia und Belgrad Schritte unternommen habe, um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien anzubahnen. Serbien erklärte sich sofort dazu bereit. Die Antwort Bulgariens dürfte sich verzögern, weil es die Absicht hat, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen von gewissen Bürgschaften für gute Behandlung der bulgarischen Bevölkerung in Makedonien abhängig zu machen.

Ausland.

Der deutsche Gesandte beim belgischen König.

Der deutsche Gesandte von Below-Saleske ist zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens vom König von Belgien empfangen worden.

Die portugiesischen Finanzen.

Nach einer Mitteilung der Berliner portugiesischen Gesandtschaft veröffentlicht der Finanzminister der Republik Portugal den endgültigen Abschluß des Staatshaushaltes für 1912/13. Die Abschlußziffern sind: Einnahmen 84 517 Contos Reis, Ausgaben 83 916 Contos, Ueberschuß 601 Contos. Sieht man von den besonderen Staatsdiensten ab, deren Ueberschüsse nicht dem Schatz zufließen, sondern für die Entwicklung dieser Staatsbetriebe verwendet werden, so stellen sich die Ergebnisse wie folgt: Einnahmen 72 369 Contos, Ausgaben 72 202, Ueberschuß 167 Contos. In dem Finanzjahre 1912/13 wurden 2965 Contos mehr zur Schuldentilgung verwendet als im Jahre 1910/11. Die im Jahre 1912/13 geleisteten Staatsausgaben überstiegen diejenigen von 1911/12 um 1720 Contos. Das Finanzjahr 1912/13 ist das erste seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, das mit einem Ueberschuß abschließt.

Der zweite Krupp-Prozeß.

Aus den fortgesetzten Verhandlungen des 7. Tages ist weiter folgendes mitzuteilen: Der Vorsitzende verliest einen vom 22. Juni datierten Brief des Zeugen von Metzen an Dr. Muehlon. Dieser Brief enthält verschiedene sehr interessante Wendungen und ist die Antwort auf den Brief der Firma vom 18. Juni. Nach der Absendung dieses Briefes telegraphierte Herr von Metzen an Dr. Muehlon, er möge das Schreiben nicht lesen, sondern es ihm uneröffnet zurückschicken. Dies ist auch geschehen. Das Schreiben ist dann später bei Herrn von Metzen noch uneröffnet gefunden und vom Untersuchungsrichter geöffnet worden. von Metzen äußert sich in dem Briefe über seine Berliner Stellung und bemerkt, daß diese an Bedeutung verloren habe. Einen um so größeren Umfang habe aber die Tätigkeit Brandts angenommen. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, als sei seine Berliner Stellung nur noch eine Dekoration für den Spionageapparat in Berlin. — Vors.: Sie weisen in diesem Briefe zum ersten Mal darauf hin, daß Sie sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben können, denn Sie sprechen von einem Spionage- und Bestechungsapparat. Diese Wendung ist doch recht auffällig. — Zeuge: Ich habe dies auch eingesehen und deswegen den Brief zurückerbeten. Ich habe den Brief in großer Erregung geschrieben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191311012-12/fragment/page=0001
DFG

und gebe zu, mit dem Ausdruck aus der Rolle gefallen zu sein. Ich wollte mit diesem Briefe auf die Firma Krupp einen Druck ausüben, damit sie mich aus Berlin weggehen ließe und mir die italienische Vertretung übertrug. Ich habe den Brief auch aus dem Grunde zurückerbeten, weil er Ausdrücke enthielt, die einem Vorgesetzten gegenüber unangebracht waren. — Vors.: Auch hinsichtlich dieses Briefes bestehen wieder Widersprüche. Das eine Mal sagen Sie, ich will unter allen Umständen von Berlin fort, dann wollen Sie wieder in Berlin bleiben. Hier sprechen Sie von unhaltbaren Zuständen Herrn Rausenberger gegenüber. Sie machen Berlin schlecht in einem Augenblick, wo Sie sagen, die Vertretung in Italien habe für Sie keinen Zweck mehr. — Zeuge: Der Brief ist zweifellos unschön, ich habe ihn aber in ungeheurer Erregung geschrieben. Die Widersprüche sind darauf zurückzuführen, daß man in einer derartigen Lage nicht alles so sagt, wie man denkt. — Justizrat von Gordon: Sie haben sich dahin geäußert, es sei Ihnen nicht eingefallen, die Kornwalzer z. B. auch Herrn Thyßen gegenüber zur Sprache zu bringen. Haben Sie da nicht alles Mögliche über die Firma Krupp gesagt, sie schlecht gemacht, bis Herr Thyßen Sie unterbrach und erklärte, nichts davon wissen zu wollen? — Zeuge: Das ist mir nicht erinnerlich. — Justizrat von Gordon: Dann beantrage ich, Herrn August Thyßen als Zeugen zu laden. Er hat sich an anderer Stelle dahin geäußert, er habe sich vor diesen Erzählungen des Herrn von Metzen nicht retten können.

Der Gerichtshof behält sich einen Beschluß in dieser Hinsicht vor.

Es kommt weiter eine Korrespondenz Metzen-Wingen zur Verlesung. Darin hat Herr Wingen darauf hingewiesen, daß die getroffenen Abmachungen nicht zulässig seien, da sie gegen Treu und Glauben verstießen. — Zeuge: Herr Wingen benutzte die Wendung „Ihr Vorschlag", um seine Position zu bessern und mir alle Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Dabei ist der Vorschlag einer Verzichtleistung meiner Stellung und Bezahlung dafür von Herrn Wingen ausgegangen. — Vors.: Es ist auffallend, daß die Bedenkzeit, die Herr Wingen Ihnen gegenüber sich vorbehält, zusammenfällt mit Ihrer Bedenkzeit der Firma gegenüber. Besteht da nicht ein Zusammenhang? — Zeuge: Das habe ich nicht so aufgefaßt. Es ist möglich, daß Herr Wingen darüber informiert war.

Sodann wird der Brief verlesen, den der Zeuge als Ersatz für den telegraphisch zurückerbetenen nach Essen gerichtet hat. Es fehlt in diesem die charakteristische Stelle über das Verhältnis des Zeugen zu Herrn Brandt. Im Anschluß daran wird der Vertrag des Zeugen von Metzen mit Herrn Wingen verlesen. von Metzen verzichtet in diesem Vertrage zugunsten Wingens auf die Vertretung für Kriegsmaterial in Italien und erhält dafür von Wingen folgende Entschädigung: 10 000 Mk. bar auszuzahlen acht Tage nach der offiziellen Uebertragung der Vertretung, je ein Akzept über 7000 und 8000 Mk. und endlich nach und nach in Raten im Verhältnis von 10 Prozent der von der Firma gezahlten Provision 15 000 Mk. Der Schluß enthält das Versprechen beider Teile, dieses Uebereinkommen streng diskret zu behandeln.

Es folgt die Verlesung eines vom 29. Juni datierten Schreibens an Dr. Muehlon. von Metzen dankt in diesem Schreiben für die Zurücksendung des Briefes vom 22. Juni, kommt dann auf die italienische Vertretung zu sprechen und bemerkt, daß es ihm nicht möglich sei, die Vertretung zu übernehmen, daß er aber gern bereit sei, an der Lösung dieser Frage mitzuarbeiten, da er einen Einblick in die italienischen Verhältnisse gewonnen habe. Er habe durch seine Italienreise zwar keine direkten greifbaren Resultate erzielt, doch manches Interessante erfahren.

In einem anderen vom 1. Juli datierten Schreiben teilt von Metzen Brandt mit, daß er auf die italienische Vertretung definitiv verzichtet habe und bald auf seinen Berliner Posten zurückkehren werde.

Der Vorsitzende verliest nun ein Schreiben, das Herr von Metzen am 22. Juli nach seiner Rückkehr nach Berlin an Dr. Muehlon gerichtet hat. von Metzen äußert sich in diesem Schreiben eingehend über Brandt und bemerkt, er habe mit Brandt wieder eine unerquickliche Unterhaltung gehabt. Brandt habe eine Erhöhung seiner Repräsentationszulage von 3500 auf 5000 Mark verlangt, er empfehle aber aus mancherlei Gründen, diesem Ersuchen nicht stattzugeben. Wenn man die Bezüge Brandts so sprunghaft erhöhe, dann lasse sich die Version nicht mehr aufrecht erhalten, daß die Firma mit den Aufwendungen Brandts nichts zu tun habe. Es müsse vermieden werden, daß die Ausgaben Brandts auffielen, da sie sonst eine unerwünschte Deutung erhalten könnten, und die bisher so gute Einrichtung zu einer dauernden Gefahr für die Firma Krupp sich entwickeln würde.

Vors.: Was ist diesem Schreiben vorausgegangen? Hatten Sie eine Auseinandersetzung mit Brandt. — Zeuge: Brandt litt unter der Kornwalzertätigkeit und ich hatte den Eindruck, daß er ihre Fortsetzung nicht wünschte. Ich habe ihn ernstlich ins Gebet genommen und ihm gesagt, überlegen Sie sich dies recht genau, wenn Sie aber fest entschlossen sind, dann will ich einen Schritt tun, der zu diesem Ziele führt. Brandt versicherte mir auf das bestimmteste, daß er die Kornwalzertätigkeit aufgeben wolle. Ich täuschte mich darin aber. Brandt zog sich im kritischen Moment zurück und stellte mich bloß. Es sah nun so aus, als nähme ich allein Anstoß an der Tätigkeit Brandts. Es war mir ganz klar, daß, wenn ich einen solchen Brief an Dr. Muehlon schrieb, er keineswegs in die Schublade gelangen würde, sondern dem Direktorium unterbreitet werden mußte. Diesem wäre dann garnichts anderes übrig geblieben, als die Einstellung der Tätigkeit Brandts zu veranlassen.

Es kommt ein weiteres Schreiben zur Verlesung, das sich mit der Erhöhung der Brandtschen Zulage befaßt und in dem bemerkt wird, Brandt habe eine Funktionszulage von 5000 Mark als das mindeste bezeichnet.

Alsdann werden einige weitere Korrespondenzen verlesen, die sich mit den Abmachungen zwischen von Metzen und Wingen befassen und in denen von Verlegenheiten gesprochen wird, in die Direktor Muehlon durch diese Angelegenheit gebracht sei.

Ein weiteres Schreiben betrifft die Bitte des Angeklagten Brandt, ihm auf die Funktionszulage von 3500 Mark einen Vorschuß von 200 Mark zu gewähren wegen einer notwendigen Erholungsreise. Diese Korrespondenzen finden bei den Prozeßbeteiligten keine Einwendungen.

Vor Eintritt in die Mittagspause erklärt auf Befragen des Oberstaatsanwalts Sachverständiger Hauptmann Gronemann, eine Benachrichtigung über die Ladungsmöglichkeit des Generals von Bücking sei noch nicht eingetroffen. Ein endgiltiger Bescheid werde aber voraussichtlich in etwa zwei Stunden aus Darmstadt zu erwarten sein. Exzellenz Bücking sei seines Wissens in Meran. Genaues darüber könne er allerdings erst später zur Kenntnis geben. Schluß der Vormittagssitzung nach 12¼ Uhr.

Um 1 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen.

Oberstaatsanwalt: Es ist mir auf amtlichem Wege mitgeteilt worden, daß die gestrige Aeußerung über Gelder, die an Beamte des Reichsmarineamts gegeben worden seien, vom Herrn Staatssekretär von Tirpitz bereits zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden ist mit einem bestimmten Ergebnis. Ich frage deshalb den Zeugen von Metzen zunächst, ob er sich seiner gestrigen Aeußerung entsinnt und wie sie lautete. — Zeuge: Als ich meine Vertretung in Berlin antrat, wurde mir eine Liste vorgelegt, auf der mindestens 50 bis 75 Namen standen von Personen aus dem Waffendepartement des Reichsmarineamts. Diese Liste enthielt Namen von Personen, die um eine Weihnachtsgratifikation oder um Belohnung baten. Ich glaube, Herr Brandt hat sie mir selbst vorgelegt mit dem Hinweis, daß Herr von Schütz allerdings in dieser Weise Gratifikationen gegeben habe. Ich habe es aber abgelehnt. — Oberstaatsanwalt: Sie haben ganz bestimmte Beamtenkategorien genannt? — Zeuge: Wie ich mich erinnere, hat mir Brandt gesagt, das seien ganz kleine Schreiber und — — (der Zeuge zögert). — Oberstaatsanwalt: Ich glaube auch die Bezeichnung Sekretär gehört zu haben. — Zeuge: Das ist doch dasselbe. — Oberstaatsanwalt: Keineswegs. Ich stelle fest, der Ausdruck Sekretär ist gestern gefallen. — Zeuge: Ich entsinne mich nicht genau, was ich gesagt habe und auch nicht, ob ich darüber nach Essen berichtet habe. — Oberstaatsanwalt: Mir liegt ein vertraulicher Brief vor, das heißt in Maschinenabschrift, ohne Unterschrift. Haben Sie ihn geschrieben? (Zeuge von Metzen sieht längere Zeit auf den Brief und schweigt, der Brief wird sodann dem Angeklagten Brandt vorgelegt.) — Angekl. Brandt: Von mir stammt der Brief nicht, ich hätte eine andere Schlußformel gebraucht. — Oberstaatsanwalt: Das ist einleuchtend. — Der Vorsitzende bringt den Brief zum Vortrag. Darin wird mitgeteilt, der Botenmeister des Reichsmarineamts habe eine Liste von Kanzleidienern vorgelegt, die Zuwendungen zum Weihnachtsfest früher erhalten hätten. Es wird darin gebeten, für Schreiber zc. solche Gratifikationen abzulehnen, anders sei es mit Pförtnern und Kanzleidienern, denen gegenüber Neujahrsgeschenke angebracht erscheinen, man dürfe sich allerdings nicht verhehlen, daß gelegentlich, z. B. wenn jemand sich übergangen fühle, der Firma Feinde entstehen könnten. — Oberstaatsanwalt: Nach dem Wortlaut des Briefes ist kein Zweifel, daß Herr von Metzen ihn geschrieben hat. Ich bin nun beauftragt und ermächtigt, hier mitzuteilen, daß im Reichsmarineamt anläßlich der gestrigen Aeußerung sofort eine Untersuchung angestellt worden ist. Es ist in der Tat richtig, daß eine Liste aufgestellt und der Kruppschen Vertretung zugesandt worden ist. Diese umfaßt die Boten und Diener des Amtes, nicht aber die Sekretäre und Schreiber. Das ist das bestimmte bisherige Ergebnis.

(Fortsetzung folgt.)

Luftfahrt.

Fertigstellung eines neuen Militär-Luftschiffhafens.

In den nächsten Tagen wird, wie uns mitgeteilt wird, eine neue deutsche Militär-Luftschiffhalle in Liegnitz in Betrieb genommen werden. Die neue Halle steht dicht vor ihrer Fertigstellung, und es wird in wenigen Tagen das Zeppelin-Luftschiff „Sachsen" in Liegnitz eintreffen, um von dem neuen Hafen aus eine Reihe von Passagierflügen über Schlesien zu unternehmen. Obwohl also die Halle der Militärverwaltung gehört, wird sie eine Zeitlang einem Privatluftschiff der Delag zum Aufenthalt dienen. Umgekehrt werden bekanntlich auch die Hallen der Delag gelegentlich für Militärluftschiffe verwendet. Die Stationierung eines militärischen Luftschiffes in Liegnitz wird voraussichtlich noch Mitte November erfolgen. Liegnitz dürfte jedoch keinen „Zeppelin" erhalten, sondern das neue Militärluftschiff „M. 4", das zurzeit in Tegel liegt. Der neue Luftschiffhafen ist der erste, den die neue Tochtergesellschaft des „Luftschiffbau Zeppelin", die „Zeppelin-Hallenbau, G. m. b. H.", errichtet hat. Die Träger sind Eisenkonstruktionen, die mit Holztafeln verschalt sind. Die Außenwand ist feuersicher imprägniert. Die Eisenkonstruktion im Innern wird mit einer gegen Rost schützenden Farbe überzogen. Die Halle hat zwei Tore, so daß die in ihr geborgenen oder zu bergenden Luftschiffe je nach der Windrichtung entweder nach Südwesten oder nach Nordosten ins Freie gezogen werden können. Das System der Halle gelangt zum ersten Mal zur Anwendung. Der Erfinder ist der Berliner Ingenieur Meier. Die neue Tochtergesellschaft der Friedrichshafener Zeppelingesellschaft, die in Liegnitz die erste Probe ihres Könnens ablegt, ist übrigens zur Zeit noch weiterhin stark beschäftigt. Der neue Dresdener Luftschiffhafen und die Luftschiffhalle für Posen entstehen gleichfalls unter der Leitung der neuen Gesellschaft, die vom Luftschiffbau Zeppelin gegründet worden ist, um zur Lösung der schwierigen Bergungsfrage der Luftschiffe beizutragen.

Die vier deutschen Fliegeroffiziere,

die in den letzten Tagen von Köln nach Wien geflogen waren, haben Freitag früh vom Flugfeld Aspern aus den Rückflug in zwei Flugzeugen angetreten. — Zwei Offiziere, die sich auf einem Fluge von Posen nach Wien befanden, haben in Straßnitz in Mähren eine Notlandung vorgenommen. Ihr Flugzeug wird nach Wien zur Ausbesserung geschickt werden.

Fliegerlandung bei Torgau.

Wegen Benzinmangels landeten am Freitag bei Torgau auf einem Albatrosflugzeuge Leutnant Pfeiffer vom 53. Infanterie-Regiment mit einem Begleitoffizier auf den Elbwiesen. Sie waren vormittags in Wien aufgestiegen und wollten sich um den Preis der Nationalflugspende auf einem Fluge nach Köln bewerben. Auf dem Fluge nach Torgau hatten sie mit starken Gegenwinden zu kämpfen. Sie gaben deshalb den Weiterflug nach Köln auf und flogen nachmittags um 3½ Uhr nach Weimar weiter.

Der Flugstürzer Pegoud in Dresden.

Der französische Flieger Pegoud produzierte sich Freitag nachmittag auf dem städtischen Flugplatze zu Kaditz bei Dresden vor einer nach hunderttausend zählenden Menschenmenge, die dem kühnen Flieger stürmischen Beifall spendete. Um 6 Uhr wohnte Pegoud auf dem Königlichen Belvedere zu Dresden einem ihm zu Ehren vom Königlich Sächsischen Verein für Luftschiffahrt veranstalteten Teeabend bei. Um 8 Uhr abends hielt Pegoud im Vereinshause einen Vortrag über seine Erfahrungen in der Luftschiffahrt.

Vom Flieger Schüler.

Der Bund deutscher Flugzeugführer hat am Freitag von dem Flieger Schüler, der auf einem Apparat der Flugzeugwerke in Leipzig-Lindenthal fliegt, folgendes Telegramm erhalten:

Liebach, 31. Oktober. Heute noch sechzehnmal Strecke Leipzig—Halle abgeflogen, dann Leipzig—Potsdam—Johannisthal. In der Nähe von Posen im Nebel und strömenden Regen wegen Benzinrohrbruchs gelandet. Schüler.

Ein französischer Flieger in Wien.

Der französische Flieger Daucort, der Freitag früh 9 Uhr 45 Minuten in München mit Passagier aufgestiegen war, ist mittags 12 Uhr 40 Minuten ohne Zwischenlandung auf dem Flugfelde bei Aspern gelandet.

Zum Unfall Stoefflers.

Der Flieger Stoeffler bemerkte kurze Zeit nach seinem Aufstiege, daß die Beleuchtung nicht funktionierte. Die Nacht war finster und der Flieger erkannte die Magnetnadel nicht. Er kreiste mehrmals über Versailles. Bei einem Landungsversuch geriet das Flugzeug in die Bäume und wurde zertrümmert; der Motor blieb unbeschädigt. Ingenieur Seekatz wurde am Knie leicht verletzt. Französische Fliegeroffiziere, Polizei und Gendarmerie aus Versailles befinden sich am Unfallort.

Ein Unfall Stiefvaters.

Der Freitag morgen um 9¼ Uhr in Königsberg auf seiner Jeannin-Stahltaube aufgestiegene Flieger Stiefvater geriet bald in Nebel und verirrte sich. Gegen Mittag entschloß er sich zur Landung und ging im Gleitflug bei Bromberg nieder. Dabei verfing sich der Apparat in dichten Baumkronen. Bei dem Anprall wurde Oberleutnant Zimmermann aus dem Flugzeug hinausgeschleudert und schwer verletzt. Stiefvater selbst blieb unverletzt.

Vermischtes.

Ein neues Opfer der Fremdenlegion.

Die Bochumer Familie Bloemecke hat, wie berichtet wird, die Nachricht erhalten, daß ihr Sohn, der vor zwei Jahren als kerngesunder Mann die Heimat verlassen hatte, um in die Fremdenlegion einzutreten, dort einem langwierigen Lungenleiden erlegen sei. Bloemecke hatte nach seinem Eintritt in die Legion einen Fluchtversuch unternommen, war dabei jedoch ergriffen worden. Später beklagte er sich wiederholt über schlechte Verpflegung, den harten Dienst und die unmenschliche Behandlung, an deren Folgen der junge Mann jetzt zugrunde gegangen sein dürfte.

*

Millionenkredit für die Berliner Hausbesitzer. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, der Genossenschaft Berliner Hausbesitzer zur Beschaffung und Sicherung von Hypotheken vorübergehend einen Kredit von einer Million aus laufenden Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Genossenschaft will mit den Mitteln der Stadt in eigener Person Beleihungen Berliner Grundstücke bis zu 80 v. H. des Grundstückwertes vornehmen und die so erworbenen Hypotheken sobald wie möglich durch Veräußerungen unter Uebernahme der Bürgschaft wieder verwerten, um dadurch neues Betriebskapital zu gewinnen.

Streikende Kunsthörer. Die Hörer der Akademie der bildenden Künste in Wien sind in einen Streik getreten wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen bezüglich der Besetzung eines Lehrstuhls; sie haben sämtliche Hochschulen aufgefordert, ihnen im Kampfe um die Autonomie der Hochschulen beizustehen.

Verhängnisvoller Zusammenstoß. Am Freitag nachmittag stießen in München ein Privatauto und ein Lastauto zusammen. Dabei wurden zwei auf dem Lastauto stehende Personen heruntergeschleudert, sowie zwei auf eine Straßenbahn wartende Personen umgerannt. Die vier Schwerverletzten wurden in die Klinik gebracht.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Die Landschaft der Provinz Sachsen

hat in ihrer Generalversammlung am 6. Juni 1913 Aenderungen der Neuen Satzungen der Landschaft beschlossen. Diese Aenderungen haben nunmehr die landesherrliche Genehmigung gefunden und werden in der neuesten Nummer des „Reichsanzeiger" zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

*

— **Weimar,** 31. Okt. (Spurlos verschwunden) ist der Musikdirektor M. Unter dem Schutze der Nacht war es ihm gelungen, sein gesamtes Mobiliar mitzunehmen. Zurückgelassen hat er nur, wie man hört, einen Teil der Musikinstrumente sowie nicht unerhebliche Verbindlichkeiten. Die Spuren des M. weisen nach Berlin. Seine Kapelle hat sich aufgelöst und die jungen Leute, die zum Teil noch im Lehrverhältnis standen, sind in ihre Heimatsorte zurückgekehrt.

— **Kassel,** 31. Okt. (Der Straßenbahnerkonflikt) hat eine Verschärfung erfahren, da die Direktion der Großen Kasseler Straßenbahn die Zurücknahme der Kündigung der seinerzeit wegen Agitation entlassenen Angestellten verweigert hat.

Kongresse und Ausstellungen.

— **Die Gesellschaft für Soziale Reform** (Geschäftsstelle Berlin, Nollendorfstraße 29/30) hält ihre sechste Hauptversammlung vom 20. bis 22. November in der Städtischen Tonhalle ab. Am Donnerstag, den 20. November findet ein Begrüßungsabend mit Ansprachen bekannter Sozialpolitiker statt. Am Freitag, den 21. November wird nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Staatsminister Dr. Freiherrn v. Berlepsch ein Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Hugo Sinzheimer-Frankfurt a. M. über „Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrags (Haftung und Abdingbarkeit) und ihre gesetzliche Lösung" gehalten werden. Am Sonnabend, den 22. November werden nach Erstattung des Geschäftsberichts und Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Vorträge gehalten von Staatsminister Dr. Freiherrn v. Berlepsch über „Brauchen wir ein Reichseinigungsamt?" und von Dr. Waldemar Zimmermann über „Neue Aufgaben des gewerblichen Einigungswesens". An alle Vorträge schließt sich eine freie Aussprache an. Der Zutritt zu den Versammlungen steht jedermann frei. Ausführliche Programme und Auskünfte sind erhältlich durch die Geschäftsstelle, Berlin W. 30, Nollendorfstraße Nr. 29/30 und durch Prof. Dr. v. Wiese, Düsseldorf, Bremstraße Nr. 34.

Kunst und Wissenschaft.

— **Nobelpreis für Medizin.** Das Karolinische Institut in Stockholm hat beschlossen, den diesjährigen Nobelpreis für Medizin dem Professor der Physiologie an der Universität Paris Charles Richet zu erteilen.

Sport und Jagd.

— **Tödlicher Unfall.** Der bekannte englische Motorradfahrer und Inhaber vieler Weltrekorde Percy Lambert ist Freitag morgen in der Brooklands Rennbahn zu London bei einem Unfall, der allem Anschein nach auf das Platzen eines Radreifens zurückzuführen ist, getötet worden.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 1. November.

— **Auszeichnung.** Den Kantoren und Hauptlehrern a. D. Karl Bauer und Eduard Stange zu Halle wurde der Adler der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern und dem Eisenbahnhilfsschaffner Reinhold Franke zu Halle das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— **Feuer.** In der Nähe der Radrennbahn ging heute früh gegen 6 Uhr ein Strohdiemen in Flammen auf.

Der vierte kommunale Bezirksverein hielt am Donnerstag im „Hotel Bristol" seine Monatsversammlung ab. Den Vorsitz führte Herr Kaufmann Brehmer. Zunächst wurde das viele Kreise interessierende Thema „Gaseinheitspreise" behandelt. Die Brotfabrik Gebr. Schubert will in ihrem großen Betriebe Elektrizität zu Kraftzwecken verwenden, habe sich aber nicht mit der Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes wegen des Preises einigen können. Die Fabrik wolle sich daher eine eigene Anlage einrichten und zu diesem Behufe einen Dieselmotor bestellen. Es müßten Mittel und Wege geschaffen werden, sich solche Abnehmer zu sichern, zumal hier ein Betrag von etwa 40 000 Mark in Frage kommt. Ferner wurde auf die neue Auto-Kehrmaschine aufmerksam gemacht. Bemängelt wurde das öftere Erneuern des Bohlenbelages der großen Cröllwitzer Saalebrücke. Das würde mit der Zeit doch recht kostspielig und die entstehenden Schäden durch die gänzliche Sperre der Fahrbahn sehr fühlbar. Gesagt wurde hierzu, daß die Brücke viel zu schwach sei und daß man an ein anderes Belagsmaterial, wie Steinpflaster, nicht denken könne, da sie solches nicht zu tragen vermöge. Es werde nichts anderes übrig bleiben, als mit der Zeit eine neue Brücke, welche dann auch das landschaftliche Bild nicht beeinträchtigen dürfe, zu errichten. Es wurden Mitteilungen gemacht über festgesetzte Pflasterungen durch die Baudeputation, sofern diese den Bezirk angehen. Bemängelt wurde das Holzpflaster in der großen Steinstraße längs den Geleisen der Stadtbahn. Da nun die Schienen endlich eingetroffen seien, werde man nunmehr an die Errichtung der neuen Bahnlinie Delitzscher Straße—Büschdorf herangehen. Herr Justizrat Meyer machte recht interessante Mitteilungen über „Wehrbeitrag und Besitzsteuer". Verwunderung erregte die Mitteilung, daß man die ausgeschachtete Erde vom Bau des neuen Schwimmbades auf den ehemaligen Soldatengottesacker an der Hagenstraße schaffe und dort ablagere. Das schöne landschaftliche Bild sei dadurch verloren gegangen und heute sei die Ruhestätte so vieler preußischer und russischer Krieger von 1813 ein Tummelplatz für Kinder. Habe man denn nicht mehr Pietät?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191311012-12/fragment/page=0002

Die hiesige Ortsgruppe des Bundes deutscher Bodenreformer veranstaltete am Donnerstag abend einen Vortragsabend, an dem Herr Privatdozent Dr. jur. Polenzky über „Die drohende Monopolisierung der deutschen Braunkohle" sprach. Das öffentliche Interesse ist in der letzten Zeit dadurch auf diese Frage gelenkt worden, daß die Meldung von Ankäufen deutscher Braunkohlenwerte durch böhmische Großhändler durch die Presse ging. Für die Anhänger der Bodenreform sei es nun die Frage, ob durch derartige Ankäufe für die Braunkohle ein ähnliches Monopol geschaffen werden könnte, wie es bereits bei der Steinkohle tatsächlich besteht. Auch die Berggesetznovelle von 1907, die an Stelle der schrankenlosen Bergbaufreiheit des preußischen Berggesetzes von 1867 das Steinkohlenregal setzte, habe bisher keine Aenderung bewirkt. Die Wichtigkeit der Braunkohle war anfangs nur gering: erst seitdem die Erfindung des Brikettverfahrens eine Versendung ermöglichte, erlangte sie eine steigende Bedeutung. Die letzten Jahrzehnte haben die Ueberlegenheit der deutschen Braunkohle über die böhmische ergeben; seitdem erstrebt das böhmische Kapital eine Kontrolle über die deutsche Braunkohlenfabrikation. Eine solche Kontrolle läßt sich am leichtesten durch Ankauf von Aktien und Kuxen erreichen. Wie weit die beiden maßgebenden böhmischen Großfirmen bewußt an einer Beeinflussung der deutschen Produktion zusammen arbeiten, ist in der Oeffentlichkeit nicht bekannt. Fest steht nur, daß die ganze Entwicklung der Braunkohlenindustrie zur Syndizierung drängt. Ein zweiter Vortrag in der Ortsgruppe soll die Vorschläge behandeln, die die deutschen Bodenreformer gegen das durch solche Syndizierung drohende Monopol machen.

„Männergesangverein Halle a. d. S. 1911". (Leitung: Kgl. Musikdirektor Willy Wurfschmidt.) Mit einem interessanten Programm in seinem ersten diesjährigen Konzerte am 3. November, abends 8½ Uhr, in der Saalschloßbrauerei, erscheint dieser große leistungsfähige Männerchor auf dem Plane. In dem Streben, die Pflege des Männergesanges auf eine höhere, künstlerisch ernst zu nehmende Stufe der Leistungsfähigkeit zu heben, pflegen die „Elfer" — wie der Männergesangverein dank der rasch gewonnenen Beliebtheit seiner volkstümlichen Konzerte in aller Kürze genannt wird — in ihrem ersten Konzerte ganz besonders die moderne Literatur zu berücksichtigen, während das zweite Konzert ausschließlich der Pflege des deutschen Volksliedes vorbehalten bleibt. Von den interessanten Neuigkeiten des Programmes sei von den Orchesterwerken nur die Komposition „Helgoland" für Solo, Männerchor und Orchester hervorgehoben. Die Dichtung von Erich Langer schildert die Besitzergreifung des für uns Deutsche jetzt so wichtig gewordenen Meeres-Eilandes, der Insel Helgoland durch die Friesen. Eine geradezu wundervolle Vertonung hat das Werk durch Franziskus Nagler gefunden. Von den a-capella-Neuheiten beanspruchen naturgemäß die Preischöre von dem vierten deutschen Kaiserwettsingen zu Frankfurt a. M.: der Preischor „1813" von Hegar und der Stundenchor „Wanderlied" von Behm, das Hauptinteresse. Sie sind genau nach den Frankfurter Vorschriften einstudiert worden. Kartenverkauf in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan.

Verein der Ost- und Westpreußen. Monatsversammlung 2. Nov., abends 8 Uhr, im Vereinszimmer des Ratskellers. Landsleute aus Ost- und Westpreußen willkommen.

Letzte Telegramme.

Zulagen für Postunterbeamte.

Berlin, 1. Nov. Die „Morgenpost" schreibt: Den Postunterbeamten ist dieser Tage eine angenehme Ueberraschung zuteil geworden. Die langgewünschten Zulagen wurden bekanntgegeben und haben um so mehr Beifall gefunden, als sie nicht allzuknapp bemessen sind.

Panik im Kino

Hamburg, 1. Nov. In einem Kinotheater im Stadtteil Eimsbüttel löste sich gestern während der Vorstellung die Gipsdecke und stürzte in den vollbesetzten Saal hinab. Wunderbarerweise wurde niemand getötet; doch wurden zwei Frauen erheblich am Kopfe verletzt. Der Zuschauer bemächtigte sich eine Panik. Alles schrie wild durcheinander und strebte den Ausgängen zu. Als die Theaterleitung erklärte, daß keine Gefahr mehr bestehe, beruhigten sich die Anwesenden und konnten durch die Ausgänge und Nottüren ins Freie gelassen werden. Die Polizei ließ das Theater schließen.

Der „Bauernschreck" ein Löwe.

Graz, 1. Nov. Das Raubtier, das seit einiger Zeit das Alpengebiet unsicher macht, wurde gestern abend bei der Stadt Voitsberg gesichtet und als Löwe erkannt. Die Jagd ist im Gange.

*

(Wiederholt.)

Hamburg, 31. Okt. Nach einem Radiotelegramm hat der von Mexiko kommende Hapagdampfer „Kronprinzessin Cecilie" am Donnerstag 3 Uhr morgens auf 43 Grad 50 Min. nördlicher Breite und 20 Grad 50 Min. westlicher Länge 22 Mann von der Besatzung der durch Sturm verschlagenen französischen Bark „Patrie" aus Fecamp an Bord genommen, die vom Fischfang bei Neufundland zurückkehrten. Drei Mann der Besatzung sind ertrunken. Die „Cecilie" bringt die Geretteten nach Havre.

Berlin, 31. Okt. In der heutigen Generalversammlung der Mannesmann-Röhrenwerke wurde über den Verlauf der ersten vier Monate des neuen Geschäftsjahres berichtet, daß der Eingang an Aufträgen befriedigend sei, wenn er auch die Höhe der Ablieferungen, die gegenüber denen des gleichen Zeitraumes des Vorjahres wieder gestiegen seien, noch nicht erreicht habe. Die Preise für Gas- und Siederöhren seien infolge des zügellosen Wettbewerbes unter den Röhrenherstellern in den letzten Monaten ganz erheblich gefallen. Die Gesellschaft habe sich aber angesichts der guten Beschäftigung ihrer Werke, besonders in nahtlosen Röhren, veranlaßt gesehen, die Preise für diese Sorten um 15 Mk. die Tonne in der vorigen Woche zu erhöhen. Nachdem die Konkurrenzwerke sich diesen Bestrebungen angeschlossen hätten, beabsichtige die Gesellschaft, auch die Preise anderer Röhrensorten in der nächsten Zeit hinaufzusetzen. Die Beschäftigung der in- und ausländischen Röhrenwerke des Mannesmannkonzerns sei nach wie vor gut. Die Verwaltung glaubt daher, auch für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können.

Börsen- und Handelsteil.

Vom Kalisyndikat.

In der Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats am Freitag berichtete der Vorstand über den Absatz u. a.: Trotz der politischen und wirtschaftlichen Depression, welche im Frühjahr besonders auf den osteuropäischen Märkten herrschte, und der allgemeinen großen Geldknappheit, die sich auch in Deutschland, besonders aber in den Vereinigten Staaten, fühlbar machte, ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Mehrabsatz im Werte von rund 10 Millionen Mark erzielt worden. Dieser Mehrabsatz genügt leider nicht, um die 46 Werke zu befriedigen, welche seit 1. Januar neue Beteiligungen und Zuschlagsquoten erhalten haben, denn die Ansprüche dieser Werke am Absatz des Kalisyndikats belaufen sich bis Ende September auf etwa 11 Millionen Mark. Wenn auch der Mehrabsatz von 10 Millionen Mark angesichts der geschilderten ungünstigen Verhältnisse ziffernmäßig befriedigend erscheint, so läßt er doch insofern zu wünschen übrig, als er in Kalirohsalzen und Kalidüngesalzen, nicht aber in Chlorkalium und Sulfaten erzielt wurde, welche den Kaliwerken bessere Gewinne bringen. Es steht jedoch zu wünschen, daß in den letzten drei Monaten wenigstens in Chlorkalium ein Ausgleich erfolgen wird, denn es liegen gute Abrufe vor allem aus den Vereinigten Staaten vor. Ueber das voraussichtliche Endresultat des Jahres 1913 kann der Vorstand des Kalisyndikats vorläufig noch nicht berichten. Die Gesellschafterversammlung gab ihre Zustimmung zur endgültigen Aufnahme von 16 Werken, welche seit der letzten Versammlung am 31. Mai dem Kalisyndikat beigetreten sind. Es ist bekannt, daß das Kalisyndikat Schritte unternommen hatte zwecks Stillegung von Werken. Diese Bemühungen haben leider aus verschiedenen Gründen bisher zu keinem Resultat führen können. Aus der umfangreichen Debatte ergab sich, daß allseitig zunächst Verhandlungen über die Verlängerung des Kalisyndikats durch Aufgabe der Kündigungsklausel sowie ein Verzicht der Mitglieder des Syndikats auf die Gründung neuer Werke oder auf die Beteiligung an solchen ausdrücklich gewünscht werden. Zwecks Beschleunigung dieser Verhandlungen soll möglichst noch im November eine Gesellschafterversammlung stattfinden. Alle Redner stimmten darin überein, daß angesichts der Lage der deutschen Kaliindustrie gegen eine weitere gesetzliche Belastung dieser Industrie mit aller Schärfe Protest erhoben werden müsse.

Berliner Wollbericht.

Die Lage des Wollgeschäfts hat seit der letzten Berichtswoche kaum eine Aenderung zu verzeichnen. Die Abzüge von den hiesigen Lagern vollzogen sich in ruhiger Weise, ohne das in der Vorwoche getätigte Quantum voll zu erreichen. Die Bestände in feinen und besseren deutschen Wollen sind nur klein und genügen nicht immer zur vollständigen Bedarfsdeckung. Die Fabrikantenkundschaft zeigte besonders für bessere Schmutzwollen sowie für Kreuzungen gute Kauftätigkeit. Umgesetzt wurden etwa 400 Zentner Schmutzwollen und ca. 100 Zentner Rückenwäschen. Die Preise behielten ihre bisherige Festigkeit, ebenfalls gilt die Tendenz als anhaltend fest. Die Abzüge von den Lagern wurden durch Neuzufuhren aus den bekannten Bezugsgegenden nur schwach ergänzt. Ueberseeische Wollen fanden hier am Platze zu vollen letzten Preisen Aufnahme. An den inländischen Wollstapelplätzen vollzogen sich die Unterhandlungen und Käufe ungefähr in gleicher Weise wie in der Vorwoche, die Vorräte sind gering. Der Wertstand ist unverändert, ebenso ist die Stimmung vertrauend und fest. Die Meldungen von den Auslandsplätzen lauten bei fester Marktlage fast durchweg günstig. Ungewaschene Gerberwollen hatten in allen Sorten regen Zuspruch. Von gewaschenen Wollen wurden meist feine und ordinäre Qualitäten gekauft. Für grobe ausländische Gerberlammwollen machte sich wieder mehr Interesse bemerkbar.

*

— **Einschränkung der Papiererzeugung.** Die am Donnerstag in Berlin nahezu vollzählig versammelten Vertreter der Deutschen Druckpapier-Industrie beschlossen einstimmig, für die nächsten Monate eine Einschränkung der Erzeugung sämtlicher Fabriken eintreten zu lassen. Sie wurden hierbei von der Erwägung geleitet, daß eine weitere Verringerung der Selbstkosten auch durch eine volle Anspannung selbst der für Massenfabrikation am besten eingerichteten Fabriken nicht mehr zu erzielen sei, daß hingegen aber die fortdauernde Steigerung aller Lasten, und namentlich die gewaltige Erhöhung der Holzpreise, mit der auch in Zukunft zu rechnen sein wird, unbedingt dazu nötigen, nicht nur die heutigen Preise für das Fabrikat aufrecht zu erhalten, sondern die unvermeidliche Erhöhung der Verkaufspreise für die Zukunft ins Auge zu fassen.

— **Die Maschinenfabrik Theodor Groke in Merseburg** hat die Zahlungen eingestellt, die Passiven betragen ¾ Millionen Mark. Hauptbeteiligter ist eine Hallesche Privatbank mit 350 000 ℳ, die jedoch Deckung besitzt. Die Gläubiger planen die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft.

— **Konkurs Barnutz u. Schenk, Schuhfabrik, Weißenfels.** Die Ausschüttung der Masse steht bevor. Es dürften etwa 5 Proz. zur Verteilung gelangen. Es sind ca. 3000 ℳ vorhanden, die sich auf 120 000 ℳ Passiven verteilen.

— **Die Porzellanfabrik Triptis Akt.-Ges.** kaufte die Porzellanfabrik in Probstau der Firma Brüder Willner in Teplitz.

W. **Eine große französische Anleihe in Sicht.** Der Pariser „Figaro" will wissen, daß der französische Ministerrat am Donnerstag sich bei der Erörterung des nächstjährigen Budgets für eine große Anleihe und gegen eine Steuer auf das Kapital ausgesprochen habe.

Berliner Produktenbörse

Berlin 31. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Produktenmarkt verkehrte heute in matter Haltung bei sehr geringem Geschäft. Weizen litt besonders unter den niedrigen Auslandspreisen und der Interesselosigkeit des Publikums. Roggen war gedrückt infolge der schwachen Tendenz der Inlandsmärkte. So erlitten die Preise für Brotgetreide gegen den gestrigen Schluß nicht unerhebliche Einbußen. Auch Hafer war im Einklang mit Brotgetreide niedriger. Mais und Rüböl lagen träge. Wetter: bewölkt.

Schlußbörse.

Weizen: Okt. —,—, Dezbr. 186,75, Mai 194,75 ℳ; matter.
Roggen: Okt. —,—, Dezbr. 158,00, Mai 163,25 ℳ; matter.
Hafer: Dezbr. 161,75, Mai —,— ℳ; ruhig.
Mais: Dezbr. —,—, Mai —,— ℳ; still.
Rüböl: Okt. —.—, Dez. 65,60, Mai —,— ℳ; geschäftslos.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide. Hülsenfrüchte. Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 31. Oktober.

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Mais** (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	179—183	Amerik. mix.	165—169
abfallender	——	runder	144—146
Oktober	——	Odessa	——
Dezember	——	weißer Natal	——
Mai	——	**Erbsen** (per 1000 kg):	
Roggen (Normalgew. 712 g):		Inl. u. russ. Futterware	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	156½—157	mittel	163—170
abfall.	——	feine Taubenerbsen	171—195
Mai	163	Viktoriaerbsen	——
Oktober	——	Kleine Kocherbsen	——
Dezbr.	158—157¾	**Weizenmehl** (per 100 kg)	
Gerste†) (per 1000 kg)		Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Futterg., leichte inl.	142—150	ab Bahn u. Speicher	22.00—27.00
do. schwere	151—164	**Roggenmehl** (per 100 kg):	
Wintergerste, inländ.	——	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
russ. u. Donau leichte	124—130	ab Bahn u. Speicher	19.20—21.40
amerikan.	——	**Weizenkleie:**	
Hafer (Normalgew. 450 g):		grobe und feine	10.00—10.50
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	174—189	**Roggenkleie**	——
do. mittel do.	160—173	**Serabella**	——
do. gering do.	——	**Lupinen**, gelbe	——
mit Geruch	——	blaue	——

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Hafer** (Normalgew. 450g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	179—182	inländ. fein	171—179
abfall.	162—178	mittel 155-170, gering	——
Okt.	——	Okt.	——
Dezemb.	186½—186¾	Dezbr.	——
Mai	194½—194¼—194¾	April	——
Juli	——	Mai	161½—161¾
Roggen (Normalgew. 712 g):		**Weizenmehl** (per 100 kg):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	156	Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Oktbr.	——	ab Bahn u. Speicher	22.00—27.00
Dez.	157¾—158	(feinste Marken über Notiz).	
April	——	**Roggenmehl** (per 100 kg):	
Mai	163¼—163—163¼	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
Mais (ohne Ang. d. Prov.):		ab Bahn u. Speicher	19.10—21.40
amerikan. mixed	——	Okt. —.—. Dez. —.—.	
runder 142—145 (ab Kahn)		**Rüböl** (per 100 kg in Faß):	
Okt.	——	Oktbr.	—.—
		Dezbr.	65.40

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 31. Oktober. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse 19,25—19,75 Mk. Tendenz: ruhig.

— **Berlin**, 31. Oktober. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl, prima, November-Dezember 19,25 Mk., feuchte Stärke 10,00 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 31. Oktober. Branntwein 35 Vol.-% für 100 kg (104—105 Ltr.) 80,75—81,75 Mk., Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 91,50—92,50 Mk. per loko ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 31. Oktober. Spiritus, roher Kartoffel- in Mark per 100 Liter à 100 %. Tendenz: still. Ohne Faß. Regulierungspreis 29,75 Mk. Oktober 30 Br., 29,50 G. inkl. Eisenband-Spiritusstücke je 5,75 Mk. höher.

— **Paris**, 31. Oktober. Spiritus fest. Oktober 43,25, November 43,75, Januar-April 46,00, Mai-August 47,00.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 31. Oktober. Rüböl loko 70,00, Mai —.

— **Hamburg**, 31. Oktober. Rüböl ruhig, loko verzollt 67,00.

— **Amsterdam**, 31. Oktober. Leinöl flau, loko 24½, November-Dezember 24, Januar-April 24¾, Mai-August 25⅜.

— **Paris**, 31. Oktbr. Rüböl ruhig, Oktbr. 78,50, Novbr. 77,00, Januar-April 75,75, März-Juni 73,50.

Zucker.

W. **Hamburg**, 31. Oktbr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Oktober —, per November 9,55, per Dezember 9,60, per Januar-März 9,75, per Mai 9,97½, per August 10,17½. Tendenz: behauptet.

W. **London**, 31. Oktober. Rüben-Rohzucker 88 % Oktober 9 sh. 7¾ d. Wert, flau. Javazucker 96 % prompt 10 sh. 10½ d. nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 31. Oktober. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Dezbr. 56¼ G., März 57½ G., Mai 57¾ G., September 58¼ G. Tendenz: kaum stetig.

— **Amsterdam**, 31. Oktober. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 45.

— **Havre**, 31. Oktober. Kaffee. Good average Santos Dezbr. 72¼, März 72, Mai 72½, September 73. Tendenz: stetig.

W. **Rio de Janeiro**, 30. Oktober. Kaffee. Zufuhren 12 000 Sack in Rio, — Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 31. Oktober. Baumwolle, sehr still. Upland middling loko 70,00 Mk.

— **Antwerpen**, 31. Oktober. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Nov. 6,20, Juli 6,00 Käufer. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool**, 31. Okt. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni —,— per November-Dezember 7,24, per Dezbr.-Jan. 7,20, per Januar-Februar 7,19, per Februar-März 7,19, per März-April 7,18, per April-Mai 7,18, per Mai-Juni 7,17, per Juni-Juli 7,14, per Juli-August 7,11, per August-September 6,93.

Metalle.

— **Amsterdam**, 31. Oktober. Bancazinn flau, loko 110½.

— **London**, 31. Okt. Blei, span., 20⅝ Lstrl., engl. 21 Lstrl., Zinn 182¼ Lstrl., Zink 21⅜ Lstrl., Chili-Kupfer 73⅛ Lstrl., 3 Monate 71⅞ Lstrl.

— **Glasgow**, 31. Oktober. (Schlußbericht.) Roheisen flau. Middlesborough Warrants per Kassa 51 sh. 2 d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 31. Oktober. Auftrieb: 1561 Stück Rindvieh, 276 Kälber, Milchkühe 955, Zugochsen 64, Bullen 143, Jungvieh 399 Stück. Verlauf des Marktes: Langsames Geschäft; verbleibt Ueberstand. — Es wurden gezahlt für: A. Milchkühe und hochtragende Kühe: I. Qualität 480—570 ℳ, II. Qualität 420—480 ℳ, III. Qualität 360—420 ℳ, IV. Qualität 270—360 ℳ Ausgesuchte Kühe über Notiz. B. Tragende Färsen: I. Qualität 380—470 ℳ, II. Qualität 280—380 ℳ Ausgesuchte Färsen über Notiz. C. Zugochsen (à Ztr. Lebendgewicht): I. Qualität a) Gelbes Frankenvieh, Scheinfelder 55—58, II. Qualität —— ℳ; b) Pinzgauer I. Qualität —— ℳ, II. Qualität —— ℳ; c) Süddeutsches Scheckvieh, Simmenthaler, Bayreuther I. Qualität 52—54 ℳ, II. Qualität 38—40 ℳ D. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färsen I. Qualität 41—44 ℳ, II. Qualität 38—40 ℳ Ausgesuchte Posten über Notiz. E. Bullen zur Zucht: —— ℳ

Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 31. Oktober. Roter Winter-Weizen loko 98½, per Sept. —,—, per Dezbr. 95⅞, per Mai 98⅝, per Juli —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,80 Getreidefracht nach Liverpool 2¼.

W. **Chicago**, 31. Oktober. Weizen per Dez. 86¼, per Mai 90⅝, per Juli ——. Mais, per Dez. 70¼, per Mai 71¼, per Juli 70⅝.

W. **New-York**, 31. Oktober. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 15,62.

W. **New-York**, 31. Oktober. Schmalz Westernsteam 10,90, Rohe und Brothers 11,45.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 30. Oktober + 1.10, 31. Oktober + 1.10, Grochlitz + 0.62, + 0.61. Nebra Obp. + 1.96, + 1.96. Nebra Untp. + 1.30, + 1.32, Brückenp. + —, + —. Kösen + 0,52, + 0.48, Weißenfels Untp. — 0.28, — 0,34. Trotha + 1.30, + 1.30, Alsleben + 0,66, + 0.64. Bernburg + 0,30 + 0,28. Calbe Obp. + 1.32, + 1.34. Calbe Utp. — 0,26, — 0,25, Grizehne — 0,07, — 0,05.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Rechtsanwalt Dr. jur. Strasser u. Max Ebeling; für Provinz u. Allgemeines, Börsen- u. Handelsteil: Fritz Müller; für Oertliches: Heinrich Mieschner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton u. Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 8—1 Uhr mittags.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.**, Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat. | **Aktienkapital und Reserven: :: 192 Millionen Mark. ::**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191311012-12/fragment/page=0003

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q1* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q2* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q3* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 31. Okt. 1913

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5½%, Lombardzinsfuß 6½%, Privatdiskont 4¾%.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																																																	
Dt.Rchs.Sch	a	4	99.40bG	Magdeb. 91	a	4	97.00B	Serb. Gold-A	f	4½	87.75bG	Koslow-Wor.	d	4	—.—	PrPfd.B.S 29	a	4	93.50bG	Rh.Brnk09 2	d	*4½	99.00B	Düss. Höfeib	O	10	160.00bB	Dt.Lin u Wehe	1	5	123.90b	Kosth. Cell.	1	11	124.00bG	Schöneb. Fr.	4	0	74.00G
do.1.4.15	d	4	98.80bG	do. 1906	a	4	96.40b	do.am.Anl95	a	4	79.50bG	Kursk-Kiew	b	4	85.80G	do. S.30,31	v	4	93.70bG	do. Metall 5	d	4	90.25G	Frankf Henn.	O	7	122.00G	do Schachtb.	1	35	376.50bG	Kronpr. Met.	1	20	284.50G	C.Scheening	5	9	117.50G
do.1.5.16	d	4	98.80bG	do. 1902	d	4	96.30G	Siames. Anl.	c	4½	92.30bG	Lodz.Fabr.B.	a	4	84.80G	do. Serie 32	v	4	95.00G	Rh. Wstf. El.2	d	4½	96.90G	Germn.Drtm.	O	9	138.00G	do Spiegelgl	1	25	265.00bG	Gb. Krög.&C.	1	4	143.50G	Schönw. Prz.	1	4	80.25G
Dt.Rchs.-Anl	v	4	97.90bG	do. 86-02	a	3½	88.75G	Türk.AdmAnl	e	4	79.70bG	Moskau Kas.	a	4½	93.75bG	do. Serie 23	d	3½	87.25G	do. do. 2	d	4	88.80G	Gevelsberg.	O	3	61.50G	do. Steinzg.	1	16	219.00bG	KruschwitzZ.	7	15	263.50G	Herm. Schött	1	9	121.50bG
do. uk. 25	d	4	98.20bG	Mannh01 12	b	4	94.00G	do.Bagd.Anl.	c	4	79.50G	do. 1911	e	4½	93.60B	do. Serie 26	a	3½	87.25G	do.Kalkw. 5	a	*4½	100.60G	Gilden-Br.	O	9	60.00B	do.Ten u Stz.	1	10	132.75b	Kunz Treibr.	1	7	98.50G	Schftg. Huck	1	6½	69.00G
do.uk35 Int	c	4	98.25bG	Mind. 95/02	v	3½	—.—	do. do. 2	a	4	77.40bG	do. 1915	d	4	—.—	do.17 18 24	v	3½	83.10G	RiebeckMt.2	b	4	98.00b	Glückauf	O	8	125.50G	do.Waff.u.Mn	1	32	594.00bG	Kupfw Dtschl	1	9	125.75G	Schub.&Slz.	4	24	346.00bG
do. do.	v	3½	84.90bG	MülheimRhr.	d	3½	89.75G	do. unif. 03	c	4	87.40bG	Mosk. KiewW	a	4½	93.40bG	Pr. Klnb.-Ob.	a	4	92.30G	Romb. Hütt.3	a	*4½	99.30B	Henning. Rfb	O	0	40.60G	do.Wagg.Lh.	1	12½	195.75G	Küppersb&S	1	13	207.00b	SchuckertEl.	8	8	148.60G
do. do.	v	3	76.20B	München 94	v	3½	87.75G	do. do. 05	c	4	74.40bG	do. 1910	a	4½	93.90b	do.KmOb.67	a	4	95.00G	Rybn. Steink.	a	*4½	—.—	Herkul.Cass.	O	9	149.50G	do.Wasswrk.	1	4	87.75G	Kyffhäuserh.	1	0	90.00b	Fr. Schulz jr.	1	23	235.25bG
[illegible]				do. 07 u. 13	d	4	94.50G	do. do. 08	a	4	74.25G	do.			85.00B	do.S.9 uk.20	a	4	95.25bG	Sächs.El.L.5	i	4½	98.50bG	Holsten	O	14	206.75bG	Dt. Eisenhdl.	1	8	120.50bG	Lahmeyer C	4	6	120.00G	Schulz-Kndt	1	8	129.10G

[illegible]

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191311012-12/fragment/page=0004
DFG